

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

4. Mai 1968 - 36 / II
Einzelpreis DM 0.75

STERNMARSCH NACH BONN: 2000 AUS WESTBERLIN PER SONDERZUG

Westberlins Außerparlamentarische Opposition unterstützt den Kampf gegen die Notstandsgesetzgebung: sie wird sich mit rund 2000 Teilnehmern am "Sternmarsch auf Bonn gegen die Notstandsdictatur" am 11. Mai 1968 beteiligen. Das Westberliner Kuratorium "Notstand der Demokratie" hat für EXTRA-Dienst Einzelheiten der Westberliner Beteiligung zusammengestellt:

SONDERZUG: Das Kuratorium hat für die Hauptgruppe der Westberliner Teilnehmer einen Sonderzug gemietet, der Freitagabend, 10. Mai, 21.26 Uhr, ab Bahnhof Friedrichstraße fährt. Die Abfahrt des Zuges erfolgt auf dem "Ferngleis Richtung Westen"; Westberliner Bürger brauchen also nicht durch die Grenzkontrolle der DDR: Sie fahren mit der S-Bahn bis Friedrichstraße und wechseln nur den Bahnsteig. Der Fahrpreis beträgt DM 40.- für Hin- und Rückreise. Anmeldung beim Republikanischen Club, Berlin 15, Wielandstraße 27 (täglich 10 bis 17 Uhr, Telefon 883 40 75); bei der Kampagne für Demokratie und Abrüstung, Berlin 12, Niebuhrstraße 65 (täglich 16.30 bis 19.30, Telefon 83 29 03); beim AStA der Freien Universität (täglich 10 bis 17 Uhr, Telefon 76 90 22 46). Der Sonderzug fährt am Sonnabend, 11. Mai, gegen 23 Uhr zurück nach Berlin.

FALKEN: Für Mitglieder der SJD - die Falken - fährt am Freitagabend, 10. Mai, ein eigener Bus nach Bonn. (Rückfahrt: Sonntagabend. Für Übernachtungsmöglichkeiten ist gesorgt) Fahrtkosten DM 14.- Anmeldung umgehend bei den Falken, Berlin 65, Müllerstraße 163 (Telefon 455 10 41).

AUTOFAHRER, die noch freie Plätze haben, wenden sich freundlicherweise an die Kampagne für Demokratie und Abrüstung, die für Mitfahrer eine Autozentrale eingerichtet hat. Wegen der weiten Entfernung (Ermüdungs- und Unfallgefahr) werden die Autos nicht im Konvoi nach Bonn fahren. Anreiseweg: Über die Autobahn zum Autobahndreieck Köln-Heumar Richtung Köln und über die Autobahn Köln-Bonn in den Verteilerkreis Bonn-Vorgebirgsstraße-Eifelstraße. Parkraum: Gelände der Markthalle Bonn und westliche Fahrbahn der Vorgebirgsstraße. Parkkapazität ca. 100 Omnibusse. Die Busse fahren von diesen Plätzen zurück.

SAMMELPLATZ: Gelände der Markthalle ab 11.30 Uhr, "Eröffnungs-teach-in".

DEMONSTRATION: Abmarsch gegen 13.30 Uhr über eine 3,7 km lange Strecke, und zwar Vorgebirgsstraße, Hochstadenring, Viktoriabücke, Wittelsbacher Ring, Beethovenplatz, Beethovenstraße, Meckenheimer Allee, Colmanstraße, Bachstraße, Unterführung, Bahnhofstraße, Wesselstraße, Neutor, Hofgarten.

KUNDGEBUNG: Hofgarten ab 15 Uhr. Auf dem Gelände haben rund 50 000 Menschen Platz. Es sprechen Prof. Ridder, der Schriftsteller Erich Fried, der FDP-Bundestagsabgeordnete Wolfram Dorn, der VDS-Vorsitzende Christoph Ehmman, Helmut Schauer vom Ku-

ratorium Notstand der Demokratie. Gegen 17 Uhr führt der SDS ein teach-in durch. Thema: "Autoritärer Staat und Widerstand".

VORBEREITUNG IN WESTBERLIN: Zur Diskussion der Notstandsgesetzgebung und der Rolle der Westberliner Teilnehmer als "Avantgarde des Widerstands" findet am Mittwoch 8. Mai, 20 Uhr, ein teach-in "Vom Protest zum Widerstand" im Auditorium maximum der TU statt, auf dem u. a. Professor Abendroth sprechen soll.

SPENDEN ZUR FINANZIERUNG erbittet das Aktionskomitee Sternmarsch Bonn auf das Postscheckkonto Berlin West, 20 44 97 (Klaus Dieter Heiser). Kennwort: "11. Mai".

DONNERSTAG IN DER FU: NEUES MATERIAL GEGEN KIESINGER

Neues Material über die NS-Vergangenheit Bundeskanzler Kiesingers wird am Donnerstag, 9. Mai, 20 Uhr, in einer Veranstaltung im Audimax der Westberliner FU vorgelegt. Die Veranstaltung wird vom Jüdischen Arbeitskreis für Politik und vom LSD getragen. Zum Thema Neofaschismus und Neonazismus in der Bundesrepublik und in Westberlin sprechen Beate Klarsfeld (die wegen eines Anti-Kiesinger-Artikels im Pariser "Combat" vom deutsch-französischen Jugendwerk gefeuert wurde), Günter Grass, Prof. Ossip K. Flechtheim, Johannes Agnoli, Ekkehart Krippendorff und Michel Lang vom JAP.

MELINA MERCOURI: UNERWÜNSCHTE SCHIRMHERRSCHAFT VON SCHÜTZ

Die griechische Schauspielerin Melina Mercouri, die am Sonntag in der Kongreßhall auftritt, um damit gegen die Militärdiktatur in ihrer Heimat zu protestieren, hat sich energisch verbeten, daß der Regierende Bürgermeister Schütz einleitende Worte an diesem Abend spricht. Kreise der Außerparlamentarischen Opposition hatten ihr über das Vorgehen des Schütz-Neubauer-Senats bei Griechenland-Demonstrationen in Westberlin berichtet. Man einigte sich darauf, daß Schütz als Zuschauer im Parkett sitzen dürfe. Als die Sängerin erfuhr, daß entgegen dieser Absprache Schütz die Schirmherrschaft über die Veranstaltung übernommen habe, erwog sie, das Konzert ganz abzusagen. Lediglich im Hinblick auf den Erlös des Abends, der für den Kampf gegen die Militärjunta verwandt werden soll, verzichtete sie auf diesen spektakulären Schritt. Mit der Außerparlamentarischen Opposition in Westberlin sei sie voll solidarisch, erklärte sie.

ARNO SCHOLZ: UNTER DEM DRUCK DER GENOSSEN

A. S., Leitartikler des "Telegraf", hinter dessen Initialen sich nicht - wie von mehreren Anrufern beim EXTRA-Dienst vermutet - Axel Springer, sondern Arno Scholz versteckt, distanzierte sich am Freitag von einem kürzlich in der eigenen Zeitung groß aufgemachten sachlichen Interview mit Rechtsanwalt Mahler, Informationen aus SPD-Kreisen zufolge soll Scholz unter massivem Druck seiner Genossen Sickert und Neubauer gestanden haben, seit dieses Interview des Redakteurs Heino Eggers erschienen war. Scholz über den Demonstrationzug in Neukölln: "An dessen Spitze auch Rechtsanwalt Mahler mit Schutzhelm und Stock, der nicht nur eine Dekoration war, sondern von ihm - wie Fotos beweisen - benutzt wurde, als Neuköllner und Kreuzberger ihrem Unwillen gegen diesen gemeinsamen Aufzug mit der SED Ausdruck verliehen." Unter einem entsprechenden Foto "schwingt der behelmte Horst Mahler seinen Schlagstock". Der "Tagesspiegel" zu dem gleichen Vorfall: "Ein Mann riß mit dem Ruf 'Kommunisten raus aus Westberlin' eine rote Fahne herunter und drang auf Rechtsanwalt Mahler ein. Er schlug mit der Fahnenstange um sich. Mahler wehrte sich mit einem Spazierstock. Ein Polizist zog den Mann auf den Bürgersteig." - Für Proteste aus seiner Redaktion und Anfragen des EXTRA-Dienstes war Scholz gestern nicht erreichbar.

ERNST LEMMER: AUCH EIN MAI-AUFRUF

Ernst Lemmer, der sich zu seinem 70. Geburtstag am 29. April u. a. von Walter Sickert als alter Gewerkschafter feiern ließ, kann in der Tat auf langjährige gewerkschaftliche Tätigkeit besonderer Art zurückblicken. Am 19. April 1933 unterschrieb er für den von ihm geleiteten "Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände" den folgenden Mai-Aufruf: "Der 1. Mai ist von der Reichsregierung als nationaler Feiertag erklärt worden. Damit erhält dieser Tag von Gesetzeswegen eine besondere Würdigung und unterscheidet sich dadurch selbstverständlich wesentlich von dem Charak-

ter, den dieser Tag in früherer Zeit gehabt hat... Es ist selbstverständlich, daß sich die freiheitlich-nationalen Gewerkschaften an diesen nationalen Veranstaltungen beteiligen... Der Vorstand des Gewerkschaftsrings richtet an seine Verbände und Untergliederungen im Lande die Aufforderung, daß alle Mitglieder der freiheitlich-nationalen Arbeiter- und Angestelltenverbände am Tag der deutschen Arbeit (1. Mai) an den Veranstaltungen im Bekenntnis zum sozialen und nationalen Staat sich beteiligen... Die Hauptsache ist, daß allerwärts und lückenlos die Beteiligung der freiheitlich-nationalen Arbeiter und Angestellten durch sofortige Maßnahmen der örtlichen Gliederungen des Gewerkschaftsrings gesichert wird."

REFERENDAR-TAGUNG: BESUCH BEI SPRINGER

Ein ungewöhnliches Programm hat die 59. Referendartagung Westberlins vom 6. bis 9. Mai. Auf dem Programm stehen Vorträge (über den chinesischen Kommunismus, über moderne Musik) und eine einzige Exkursion: Sie führt ins Springer-Haus. Im Anschluß an die Konzern-Besichtigung wird als Vortrag eine "Einführung in die Staatslehre Mitteldeutschlands" geboten.

PERSONALIEN

HANS DETLEV BECKER, Spiegel-Verlagsleiter, über die jüngste Anti-Spiegel-Attacke Nirumands in "konkret": "Wir können doch nicht jedesmal Huch schreien, wenn uns 'konkret' an die Bluse faßt".

JÜRGEN HENSCHEL, Fotoreporter der Westberliner SED-Zeitung "Die Wahrheit", erhielt für das von ihm stammende Foto des toten Benno Ohnesorg und einer Theaterbesucherin, das um die ganze Welt ging, die Silbermedaille der "Weltfotoausstellung", die in der DDR aus Anlaß des 50. Jahrestages der Sozialistischen Oktoberrevolution zusammengestellt wurde.

RUDOLF STIEGE, "MORGENPOST"-Einpeitscher gegen die APO (siehe auch Seite 9), hetzt in seinem Leitartikel vom Freitag seine Leser gegen Rechtsanwalt Mahler auf, dem in der gleichen Ausgabe auch ein Aufmacher auf Seite 1 "gewidmet" ist. Stiege deutet an, daß "dem ehemaligen FDJ-Mitglied Mahler", der "höchstwahrscheinlich selbst kriminelle Delikte begangen hat", "Asyl und politische Zukunft in der Sowjetzone sicher sind". Damit nicht genug: Um die Volkswut vollends zum Kochen zu bringen, spricht Stiege von "Hindeutungen", "wonach sich Mitglieder der gegendemokratischen Opposition unerlaubt mit Waffen ausgestattet haben". Unausgesprochenes Fazit: Es wird Zeit, daß wieder einmal ein "Andersdenkender" das Dutschke-Exempel im Fall Mahler wiederholt. In Mahlers Papierkorb häufen sich inzwischen die anonymen Morddrohungen...

ZITAT DER WOCHE

"Diese linken Ordner sind die besten Bepos, die wir je hatten" - ein Polizeioffizier zu Reportern über die Tätigkeit des Ordnerdienstes während der sozialistischen Mai-Kundgebung in Kreuzberg (Bepo = Bereitschaftspolizist)

WITZ DER WOCHE

Nachdem auf der gemischten Senats- und DGB-Kundgebung vor dem Reichstagsgebäude Pete Seegers Bürgerrechtssong "We shall overcome" gesungen worden war, meldete sich am Donnerstag eine junge Dame im DGB-Haus an der Keithstraße und fragte nach dem Text und Noten des Liedes. Die Auskunft im DGB-Haus verwies die Fragestellerin an den EXTRA-Dienst. Dort wüßte man das sicher - man wußte.

MITTEILUNGEN DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

DIE VERANSTALTUNG mit dem 1. Vorsitzenden der SED Westberlins, Gerhard Danelius, muß wegen Termenschwierigkeiten des Referenten auf Anfang Juni verschoben werden.

DER ORDNERDIENST der Außerparlamentarischen Opposition (Od) trifft sich das nächste Mal am Mittwoch, 8. Mai, 20 Uhr, im Republikanischen Club. Der Ordnerdienst bittet um den Hinweis, daß weitere Kräfte für den Od gebraucht werden: bei der Ersten-Mai-Kundgebung habe sich gezeigt, daß die bisher vorhandenen Ordner nicht ausreichen.

WOLF BIERMANN: DREI KUGELN AUF RUDI DUTSCHKE

Der DDR-Bänkelsänger Wolf Biermann hat ein Lied für Rudi Dutschke geschrieben. Er wollte es auf der Kundgebung der Außerparlamentarischen Opposition Westberlins selber vortragen, erhielt aber von den DDR-Behörden keine Ausreisegenehmigung. Es wurde daher von "Schobert & Black" gesungen. EXTRA-Dienst dokumentiert nachstehend Text und Melodie. Das Copyright des Liedes liegt für Westberlin und die Bundesrepublik bei Klaus Wagenbach.

The image shows a handwritten musical score for the song 'Drei Kugeln auf Rudi Dutschke'. It consists of four staves of music in G major, 4/4 time. The first three staves are the vocal line, and the fourth is the guitar accompaniment. The lyrics are written below the notes. The guitar part is marked 'Gut.' and features a simple chordal accompaniment.

Staff 1: C[A] e[eis] F[D] G[E]
 Drei Ku-geln auf Rü-di Dütsch-ke Ein blu-tiges At-ten-tat Wir

Staff 2: C[A] a[fiis] D7[H] G[E] d°[h°] G°[E°]
 Ha-ben ge-nau ge-se-heu wer da ge-schos-sen hat Ach Deut-sch-land dei-ne

Staff 3: C7[A°] d°[h°] d°[h°] d°[h°] a[fiis]
 Mör-der! Es ist das al-te Lied Schon wie-der Blut und

Staff 4: a[fiis] a[fiis] a[fiis]
 Trä-nen Was gehst Du denn mit denen Du weißt doch was Dir blüht!

Gut.: (Guitar accompaniment)

Drei Kugeln auf Rudi Dutschke
Ein blutiges Attentat
Wir haben genau gesehen
Wer da geschossen hat.

Die Kugel Nummer Eins kam
Aus Springers Zeitungswald
Ihr habt dem Mann die Groschen
Auch noch dafür bezahlt.

Der Edel-Nazi-Kanzler
Schoß Kugel Nummer zwei
Der legte gleich der Witwe
Den Beileidsbrief mit bei.

Des dritten Schusses Schütze
Im Schöneberger Haus
Sein Mund war ja die Mündung
Da kam die Kugel raus.

Drei Kugeln auf Rudi Dutschke
Ihm galten sie nicht allein
Wenn wir uns jetzt nicht wehren
wirst Du der Nächste sein.

Es haben die paar Herren
So viel schon umgebracht
Statt daß sie Euch zerbrechen
Zerbrecht jetzt ihre Macht!

Refrain:

Ach Deutschland, Deine Mörder!
Es ist das alte Lied
Schon wieder Blut und Tränen
Was gehst Du denn mit denen
Du weißt doch was Dir blüht.

ZUR SACHE, SCHÜTZCHEN; NIMM DEIN MÜTZCHEN / VON MARTIN BUCHHOLZ

"250 000 vor dem Reichstag", jubelte der "Telegraf" schlagzeilenstark. Auch die "Welt" konnte "eine Viertelmillion Menschen" auf dem Platz der Republik zählen. Das allerdings ist schon ein Jahr her. Diesmal stand in der "Welt": "Der Berliner DGB-Vorsitzende Walter Sickert betonte, daß mehr Westberliner als im letzten Jahr dem Ruf des Mai-Komitees zur Freiheitskundgebung gefolgt seien. Er schätzte die Zahl auf etwa 20 000." Polizei-Offiziere, die Sickerts Zahlenmirakel vor dem Reichstag lauschten, hatten sich zuvor auf "etwa 70 000" geeinigt. Korrespondenten gegenüber nannten sie diese Zahl, fügten aber hinzu, daß sie offiziell eigentlich die Augen zumachen müßten. Auf Senatswunsch hin sollte die Polizei keine eigenen Angaben über die Teilnehmerzahl - jedenfalls nicht vor dem Reichstag - machen. Im Tagesbefehl hatten sie es schriftlich auf Seite 2 mitbekommen. Die meisten Agenturen meldeten denn auch erst eine Zahl um 70 000 - so schätzt man übrigens auch in der Polizeiführungsspitze -, "berichtigten" sich aber später auf 200 000. Die Deutsche Presse-Agentur versuchte wenigstens beim Text ihrer Bilder noch diplomatisch zu sein: "Zehntausende von Berlinern..." Die Tageszeitungen vom Donnerstag waren denn auch schamhaft genug, die Sickert-Lüge nicht in die Schlagzeilen zu nehmen - wie man es in den vergangenen Jahren jubelnd gehalten hatte. Erst im Text fand sich die manipulierte Zahl - beim "Abend" im Magerdruck irgendwo in einem Absatz versteckt. Lediglich die "Nachtdepesche" hielt es mit der Wahrheit: "Die Zahl der Kundgebungsteilnehmer wird entgegen der Bekanntmachung Sickerts, es seien mehr als im Vorjahr, also über 200 000 gewesen, von anderen Stellen auf nur 75 000 geschätzt." Privat hielten die meisten Journalisten auch diese Zahl noch für zu hoch. "Stern"-Redakteure hielten "bestenfalls 50 000" für real. Beim SFB-Kamerateam hatte man die Anweisung, den Kamera-Blick nicht allzulange auf den nur halbbesetzten Bankreihen und der mehr als locker dahinterstehenden Menschenansammlung weilen zu lassen. In die "Morgenpost"-Redaktion kam telefonisch die Hiobsbotschaft, es sehe "sehr mau" aus. Und die "BZ" kommentierte säuerlich: "Wieder war der Platz gefüllt. Und Zahlenspiele darüber sind müßig, ob es nun 150 000, 200 000 oder gar einige mehr waren." Anders bewertet die "BZ" die Neuköllner Demonstration der Außerparlamentarischen Opposition: "Das Ergebnis war mager. Im einst 'roten' Neukölln kamen höchstens 25 000 bis 30 000 Menschen zusammen. Ist das viel für eine Stadt, in der im März 1967 rund 30 000 SED wählten?" Auf die Idee, selbst eine Zahlenfiktion von 200 000 an den Stimmen der SPD-, CDU- und FDP-Wähler zu messen, kam die "BZ" glücklicherweise nicht: Sie hätte damit zuviele SPD- und FDP-Mitglieder verletzt, die in Neukölln und Kreuzberg dabei waren.

30 000 bis 35 000 - nach Meinung des Berichterstatters eine reale Schätzung. UPI allerdings meldete 40 000, auch andere Reporter pendelten sich zwischen 35 000 und 40 000 ein. Und die "Wahrheit" sowie alle DDR-Berichterstatter legten wieder einmal großzügig etwas zu: "50 000 demonstrierten durch Neukölln und Kreuzberg". Wartet, wartet noch ein Weilchen...

Es waren auch mehrere hundert "Andersdenkende" dabei: Diese Bezeichnung scheint in der "Bild"- und "BZ"-Sprachregelung der neue Ausdruck für NPD-Provokateure zu sein, die sich meist zuvor Mut antrinken mußten. Etwa 50 von ihnen hatten sich gegen 11 Uhr 30 vor der Kneipe "Zur Fuselbude" an der Schinkelstraße versammelt, um gemeinsam zur Tat zu schreiten. Junge angetrunkene Schläger, mit Holzknüppeln bewehrt, griffen mehrfach die Demonstranten an. Einer stürmte in einer Überraschungsattacke gegen Rechtsanwalt Mahler vor. Darauf hatte der "BZ"-Fotograf offensichtlich gewartet: Als der Anwalt sich mit einem Spazierstock wehrte, wurde er geknipst. "BZ" machte ein nettes Kästchen mit diesen Fotos und wählte als Überschrift: "Gewalt nur gegen Sachen..."

Und im Sinne dieser vielsagenden drei Pünktchen stimmte es den Beobachter nachträglich nachdenklich, daß ausgerechnet "BZ"-Redakteur Hans-Joachim "Nic" Nicolai (einst Chef vom Dienst bei "Tarantel-Press", dann "Bild"-, jetzt "BZ"-Schreiber) sich immer inmitten der aggressivsten Provokateure aufhielt: so in einer Gruppe am Hohenstaufenplatz

die zwei Demonstranten mit Faustschlägen ins Gesicht verletzten und die sich schließlich, nachdem Ordnerdienst und Polizei sie isoliert hatte, mit Hitler-Gruß als "Andersdenkende" entlarvten.

Der Ordnerdienst der Demonstranten, größtenteils erst spontan auf dem Platz organisiert, verstand sich ausgezeichnet mit der Polizei. Die Demonstranten bildeten gegen anstürmende "Andersdenkende" mehrfach Ketten und setzten sich energisch zur Wehr, wenn Kundgebungsteilnehmern rote Fahnen entrissen wurden. Polizisten, zuerst noch vereinzelt eingesetzt, entrissenden Schlägern Knüppel und Stangen und übergaben sie den linken Ordnern. Schließlich bildeten die Beamten ebenfalls Ketten und drängten die Prügler ab. Polizeioffiziere besprachen mit den Ordnern die Situation und die Möglichkeiten, den Platz zu verlassen. Man sicherte den Fahrzeugen der Kundgebungsteilnehmer Polizeischutz zu. Doch immer wieder, wenn an irgendeiner Ecke unvermutet Provokateure auftauchten, bewies sich die Disziplin der Demonstranten: Sie bildeten sofort Ketten und lösten sie erst, wenn Ordnerdienst oder Polizei zur Stelle war. Einzelne Schläger wurden umkreist und erst wieder "freigelassen", nachdem sie die "Internationale" angehört hatten.

Gelassenheit und Witz - mit diesen Eigenschaften wurden die meisten Neuköllner und Kreuzberger Bürger, die in ihren Zeitungen stets nur von einer krakeelenden, cityblockierenden Minderheit gelesen hatten, überrascht. Sie lachten mit, wenn man ihnen in Sprechchören vorsang: "Wir sind eine kleine radikale Minderheit".

Der Spott wirkte: Der Fenstergucker, der die Spitze des Zuges unter seinem Balkon entlangziehen sah, konnte sich in aller Ruhe für eine Stunde zum Frühstück zurückziehen, um dann bei einem zweiten Blick aus der Luke das Ende zu sichten. Zwischendurch hätte er zumindest akustische Freude gehabt: an Sprechchören wie: "Helft Euch selbst in dieser Stadt, bildet einen Mieterrat" und: "Was wir wollen: Arbeiterkontrollen!" und: "Oma, denk auch du daran, bald ist deine Miete dran" und: "Laßt Euch das nicht bieten: Keine Wuchermieten" und: "Laßt den Kaffee, laßt die Sahne, schnappt Euch eine rote Fahne" und: "Zur Sache Schützchen, nimm dein Mützchen" und: "Notstandsrecht und Weiße Kreise, alles ist die gleiche Scheiße" und: "Unser Bürgermeister, das ganze Volk beschißt er" und: "Macht aus Polizisten gute Sozialisten" und und und...

Zwischendurch der Singsang: "Der Faschismus sickert und sickert und sickert und schützt sich". Oder: "Maikäfer flieg, in Vietnam ist Krieg, Frauen, Kinder brennen, die Deutschen aber pennen mit der CDU".

"Der Abend" mußte konstatieren: "Wer eine verbissene Kampfdemonstration erwartet hatte, sah sich enttäuscht. "Nun, verbissen war man nicht, eine Kampfdemonstration war es dennoch. Das bewiesen die Tausende von roten Fahnen und die Reden auf dem Hohenstaufenplatz. Die Kundgebung, die Schütz und seine radikale Minderheit veranstalteten, verdient hingegen einen neuen Titel: Krampfdemonstration..."

HINWEISE DER REDAKTION

BÄNKELIEDER UND CHANSONS tragen jeden Sonnabend ab 23 Uhr Elke & Alexander, Reinhard Mey und Hannes Wader im Reichskabarett vor. Die Premiere ist am 4. Mai.

"HOFFMANNS COMIC TEATER", das sich durch Fortschrittlichkeit sowie durch ein fehlendes "h" auszeichnet, präsentiert heute abend um 23 Uhr sowie am Sonntag um 20 Uhr im Auditorium maximum der TU das welt-erste "Okkolo" (angeblich eine musikdramatische Mischung aus Horror, Science Fiction und Comic) unter dem aufschlußreichen Titel "Hätt di di - so wo di di". Nach Angaben der Veranstalter, dem Kulturreferat der TU, ist die Handlung "der phantastischen und politischen Wirklichkeit entnommen". Angaben erfolgten ohne Gewähr...

DIE VORLIEGENDE AUSGABE des EXTRA-Dienstes ist die hundertste. EXTRA-Dienst erschien erstmals am 20. Mai 1967 und brachte im ersten Jahrgang 64 Ausgaben heraus. Im Jahre 1968 sind es inzwischen 36.



Ausgerechnet in Westberlin eine oppositionelle Mai-Kundgebung?

Seit zwanzig Jahren wird der 1. Mai in unserer
Stadt für die Verkündung antikommunistischer
Durchhalteparolen mißbraucht. Heute stehen wir
vor dem Scherbenhaufen dieser Politik:

- Westberlin ist eine wirtschaftlich und biologisch sterbende Stadt. Immer mehr Kapital fließt in Richtung Westen. Immer weniger produktives Kapital, das neue moderne Arbeitsplätze schaffen könnte, gelangt hierher.
- Immer mehr junge, fähige Arbeitskräfte wandern ab. Immer weniger Menschen ziehen zu. Die Zahl der Arbeitsplätze sinkt stetig.
- Die Bevölkerung in Westberlin schrumpft unaufhaltsam – in 15 Jahren werden es 400 000 Einwohner weniger sein. Die Zahl der jungen Westberliner sinkt, die Zahl der Alten steigt und steigt: Westberlin wird eine Stadt der Rentner.
- Die technische Ausrüstung unserer Industrie (nur durch sie lebt die Stadt) veraltet ebenfalls, weil die privaten Unternehmer kaum noch langfristige Erneuerungen vornehmen. Die Konkurrenzfähigkeit unserer Arbeitsprodukte auf dem Weltmarkt wird deshalb geringer.

- Die staatlichen Hilfsmaßnahmen können daran nichts Grundsätzliches ändern, solange sie als Steuergeschenke an die Privatunternehmer verstreut werden. Denn: Die Unternehmer stekken zwar die Vergünstigungen gern ein; aber ihnen ist die politische Zukunft der Stadt dennoch zu unsicher, als daß sie auf lange Sicht ihr Kapital anlegen wollten.

Das A und O unserer Stadt ist das politische Risiko. Es muß durch eine neue, vernünftige Politik gegenüber der DDR und den anderen Ost-Staaten herabgesetzt werden.

Lassen wir uns nichts vormachen: Westberlin, so wie es heute ist, wird auch seinen vielgepriesenen Freunden und Beschützern immer lästiger. Es steht ihrer neuen Ostpolitik im Wege. Und: Westberlin ist auch Bonn lästig geworden.

Im Rathaus Schöneberg, bei den korrupten Parteien, in der skandalösen Presse aber tut man so, als existierten diese Probleme gar nicht.

Deshalb beginnen wir, die Angelegenheiten unserer Stadt, unser Leben in die eigenen Hände zu nehmen. Zwanzig Jahre Lüge, Vertuschung, Verdrehung und Verharmlosung sind genug.

Wir demonstrieren am 1. Mai:

- Für eine demokratische, für eine sozialistische Alternative in Westberlin, denn das System der privaten Konzerne und Spekulanten hat hier eher als anderswo sein Unvermögen bewiesen, die Lebensfähigkeit der Gesellschaft zu sichern.
 - Gegen den weiteren Mißbrauch Westberlins im Rahmen der Bonner Politik.
 - Für normale Beziehungen Westberlins mit der DDR. Für die dadurch mögliche Herstellung eines normalen Reiseverkehrs der Westberliner in das Gebiet der DDR.
 - Für wirtschaftliche Kooperation mit West und Ost.
 - Für eine Garantie der Sicherheit Westberlins durch die beiden deutschen Staaten, die vier Siegermächte und die UNO.
 - Für eine qualifizierte Mitbestimmung der Betriebsräte. Sie soll sicherstellen:
Daß ein genügend großer Anteil der Unternehmensgewinne für den Ausbau und die Modernisierung der Westberliner Betriebe verwandt wird. Daß kein in Westberlin erwirtschaftetes Kapital die Stadt verläßt. Daß die staatlichen Vergünstigungen nur der Industrie in Westberlin zugute kommen und nicht durch Spekulationskanäle abfließen. Daß die Produktionseinrichtungen in Westberlin auf den modernsten Weltstandard gebracht werden. Daß keine Betriebsanlagen und Fertigungszweige nach dem Westen verlagert werden.
- Kurzum: Die Westberliner Arbeitnehmer sollen durch ihre Betriebsräte selbst dafür sorgen, daß ihre Arbeitsplätze in dieser Stadt gesichert werden. Damit werden sie den ersten großen Schritt zu ihrer Selbstbestimmung tun.
- Für den Aufbau einer modernen Wachstumsindustrie in Gemeineigentum. Hierfür soll ein wachsender Anteil der staatlichen Subventionen eingesetzt werden.
 - Für eine strenge Staatskontrolle aller Wohnungsmieten. Für eine staatliche Festsetzung aller Mieten. Gegen die Einführung des „Weißen Kreises“.
 - Für die Enteignung des Springer-Konzerns. Für eine volle öffentliche Kontrolle aller Westberliner Rundfunk- und Fernsehsender.
- Beginnen wir die allgemeine, öffentliche Diskussion darüber, ob das jetzige Parteiensystem und der in Westberlin praktizierte Parlamentarismus noch einer demokratischen Willensbildung gerecht werden können.

Mittwoch, 1. Mai, 9.30 Uhr

Beginn der Demonstration:

KARL-MARX-PLATZ

(Neukölln, U-Bahnhof Karl-Marx-Straße)

Abschlußkundgebung gegen 11 Uhr:

HOHENSTAUFFENPLATZ

(Kreuzberg, am Kottbusser Damm)

RUDOLF STIEGE, EIN DEMAGOGUE / VON HANNES SCHWENGER

Ein Mann möchte sich seiner Verantwortung entziehen: Rudolf Stiege, als Leitartikler der "Berliner Morgenpost" einer der Hauptschuldigen an der Pogromkampagne des Hauses Springer, verbittet sich im Kommentar seiner Zeitung vom 26. 4., "wenn uns Demagogen erneut vorwerfen sollten, wir hätten mit unserer Warnung vor Gewalt geschickt getarnt der Gewalt das Wort geredet".

Aber diesen Dieb gilt es festzuhalten, auch auf die Gefahr, bei Springer Demagoge zu heißen. Denn eben das hat er getan: Der Gewalt das Wort geredet, ohne sich selbst die Hände dabei schmutzig zu machen. Das liest sich, zum Beispiel, am Tage der Senatskundgebung vom 21. Februar so: "Die SDS-Agitatoren wissen schon, warum sie keine Demonstration in Wedding oder in Neukölln aufziehen. So juckt ihnen das Fell denn doch nicht. Die Berliner werden auf der heutigen Kundgebung in aller Gelassenheit zu erkennen geben, daß sie sich von einer kleinen extremistischen Sekte, deren Ziele bekannt sind, nicht länger auf dem Kopf herumtanzen lassen."

Es wird Herrn Stiege nicht erlaubt werden, sich auf die drei Worte "in aller Gelassenheit" zu berufen, wenn hier festgestellt wird, daß diese Schlußsätze seines Kommentars eine offene Ermunterung zu Ausschreitungen darstellen.

Rudolf Stiege ist Erfinder der folgenden Charakterisierungen für die Außerparlamentarische Opposition: "Krawallradikale, Operetten-Revolutionäre, hysterische Rudel von akademischen Halbstarcken, notorische Radaumacher, geschulte kommunistische Strassenkämpfer, Mao-Hanswürste, linksradikaler Straßenmob, unvermeidlicher Pöbel der Weltstadt, tobender Mob, Handlanger des kommunistischen Würgegriffs um Berlin, links-extremistische Revoluzzer, Mao-Politruks, Dutschkisten, Mini-Revoluzzer, Vietkong-Anbeter, Mini-Revoltueure, Maoistische Revoluzzer, Dutschke und Konsorten".

Rudolf Stiege überschrieb seine Leitartikel der letzten Monate unter anderem: "So geht es nicht weiter", "Die Geduld hat ein Ende", "Der Linksmob hilft der NPD", "Haß und Gewalt". Dieser letzte Artikel gefiel in Madrid so gut, daß die spanischen Machthaber ihn gegen ihre eigenen Studenten nachdrucken ließen.

Rudolf Stiege fordert "Bevölkerung und Senat" unablässig auf, sich "nicht länger von verantwortungslosen Minderheiten auf der Nase herumtanzen" zu lassen, "endlich die Krawallradikalen zum Tempel hinaus" zu jagen, "dieser Verschwörung gegen die Stadt endlich ein Ende" zu bereiten, "des linksradikalen Spuks Herr zu werden" - selbstverständlich immer "in aller Gelassenheit".

Rudolf Stiege verschmäht es auch nicht, den Gegner namentlich zu denunzieren. Auf seiner schwarzen Liste stehen die Professoren Gollwitzer und Weischedel, "die Herren Dutschke, Lefèvre, Gäng und Genossen", "der Gegendemokrat Nevermann", "die Neuss, Meschkat und Gottschalch", Horst Mahler "sollte künftig sehr scharf im Auge behalten werden". Sebastian Haffner empfiehlt Stiege, Berlin "das zu kehren, was an Haffner am sympathischsten ist: den Rücken", und auch Prof. Weischedel "wird sich die Frage gefallen lassen müssen, was er an der FU, was er in Berlin eigentlich noch zu suchen hat. Weischedel, Krippendorff und der Vorsitzende des Republikanischen Clubs, Meschkat, fügen der Sache Berlins schweren Schaden zu".

Dieser Rudolf Stiege möchte jetzt anderen "ins Gewissen" (Morgenpost, 26. 4.) reden. Im gleichen Atemzuge spricht er wieder von "Rädelsführern", "Vietkong-Anbetern", "Gegendemokratischer Opposition", "sogenannter Außerparlamentarischer Opposition", von "Revoluzzern" und einer "handgreiflichen Verschwörung" gegen "Arbeitsplätze und Lebensfähigkeit Berlins". Ihn bei diesen Worten zu nehmen, findet er demagogisch.

Rudolf Stiege ist ein Demagoge, der geschickt getarnt der Gewalt das Wort redet.

EXTRA - Dienst Nummer 36/II hat eine verbreitete Auflage von 4 500 Exemplaren

WOLFGANG LEFEVRE: "JUNGFRAU, ZITTERND DES UNTERNEHMERS HARREND. ."

Am Vorabend des 1. Mai fand in der Hasenheide vor über 3000 Zuhörern ein "Sozialistisches Forum" statt, auf dem unter anderen Wolfgang Lefèvre vom Westberliner SDS zur politischen Situation der Stadt sprach. EXTRA-Dienst dokumentiert nachstehend Lefèvres Text:

ZUR POLITISCHEN SITUATION WESTBERLINS

Wer die politische Situation dieser Stadt in den letzten zwei, drei Jahren beobachtet hat, der wird sich vor allem über einen Umstand verwundert haben, und zwar über die Unmäßigkeit, mit der das offizielle Berlin auf eine unbewaffnete nur locker organisierte und zahlenmäßig noch recht unbedeutende Oppositionsbewegung reagierte.

Diese Unmäßigkeit zeigte sich bereits zu einer Zeit, als die Studenten in der FU Auseinandersetzungen mit dem Rektorat führten, über deren Berechtigung heute niemand mehr Zweifel hegt. Schon damals bezeichnete man die Studenten als "Wirrköpfe" und "Söldner Ulbrichts". Schon damals forderten die CDU und einzelne Personen aus dem Parteivorstand der SPD den Staatseingriff in die Universität.

Inzwischen hat die Berliner Regierung das klassische Repertoire staatlicher Unterdrückung von Oppositionen fast lückenlos durchgespielt. Da wurde versucht - entgegen allen Rechtsgrundsätzen - die Innenstadt für Demonstrationen zu verbieten. Da wurde versucht - im Widerspruch zum geltenden Recht - den Studentenvertretungen den Geldhahn abzdrehen. Da wurde ohne Rücksicht auf alle Verhältnismäßigkeit vom Schlagstock der Gebrauch gemacht. Da wurden bei der politischen Polizei gigantische Karteien angelegt. Da ließ man die Polizei abenteuerliche Lügengeschichten an die Presse verbreiten. Da übergab der Regierende Bürgermeister der Universitätsgerichtsbarkeit schwarze Listen zur Aburteilung. Da wurden Privatklagen benützt, um die politische Polizei beim SDS Razzia machen zu lassen. Da wurde am 3. Juni 67 nach der verbrecherischen Kesselschlacht vor der Oper - ohne gesetzliche Grundlage der Ausnahme- und Notstandszustand deklariert. Da ließ man die Justiz Exempel statuieren. Da wurde im Februar dieses Jahres versucht, den Studenten jede legale Versammlungsmöglichkeit zu nehmen, um sie als illegale zerschlagen zu können, und da ließ sich schließlich die Regierung herbei, die bei ihr Beschäftigten auf einem Platz als ihre demokratische Legitimation zu versammeln und dort so zu verhetzen, daß es zu pogromartigen Ausschreitungen kam.

Wir brauchen uns hier nicht darüber zu unterhalten, daß damit die Regierenden dieser Stadt gezeigt haben, daß sie die Feinde von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und die Verfechter von Gewalt sind, als die sie uns so gern hinstellen möchten. Wir brauchen uns hier auch nicht darüber zu unterhalten, daß der Rücktritt des Senats, so selbstverständlich dieser Rücktritt ist, nicht ausreicht. Denn es ist uns nicht damit gedient, daß derselbe korrupte Parteienapparat ein paar Personen auswechselt. Uns interessiert vielmehr, was mit einer Gesellschaft los ist, die dermaßen hysterisch und brutal auf Opposition antwortet. Es hilft uns bei dieser Frage wenig, auf die Macht des Springer-Konzerns hinzuweisen, denn wir müssen nach der Situation und den Verhältnissen fragen, die beide - Springer und den demokratie-feindlichen politischen Apparat - überhaupt möglich machen.

Immer wieder verweisen uns die offiziellen Kommentatoren dieses Systems auf die "besondere Situation" Westberlins, die durch die permanente Bedrohung der Stadt seitens der DDR und der UdSSR geschaffen werde, also auf die Situation einer belagerten Festung, in der man sich keine Uneinigkeit erlauben dürfe. Wenn das so einfach wäre, würde es ja wohl auch keine Uneinigkeit in dieser Stadt geben.

Warum sind wir, die außerparlamentarische Opposition, uneinig mit der Festungspolitik des Regierenden Apparats? Wir sind empört über den Verrat, den dieser politische Apparat an den Festungsbewohnern, an den arbeitenden Menschen dieser Stadt begangen hat und begeht.

Wenn es wirklich nur darum ging, einen anderen Weg als die DDR einzuschlagen, wären wir uns einig. Aber welchen Weg hat der Regierende Apparat eingeschlagen? Er hat den Arbeitern, Angestellten und der Intelligenz weiszumachen versucht, wer nicht den Weg der DDR gehen will, müsse den Weg der Kapitalisten gehen. Er annullierte unter dem

Druck der Alliierten alle wirklich sozialen Gesetze, die in Berlin zwischen 1946 und 1948 beschlossen worden waren:

Die Vergesellschaftung der wichtigsten Betriebe, die Abschaffung des Berufsbeamten-tums, die Einrichtung einer umfassenden und einheitlichen Sozial-, Kranken- und Alters-versicherung.

Er stoppte die demokratischen Reformpläne des Schul- und Universitätswesens. Er machte die Stadt, die traditionell für rot galt, zur schneeweißen Jungfrau, die zitternd der Initiative des freien Unternehmertums harret.

Aber die Unternehmer hatten nicht so rechten Appetit auf diese Jungfrau, obwohl - Dank der vorbildlichen Berliner Gewerkschaftsspitze - die Berliner Arbeiter sich mit niedrigeren Löhnen zufrieden gaben als die westdeutschen Arbeiter, obwohl der Staat ihnen die schönsten Gelegenheiten bot, die Staatskasse auszuraubern.

Warum bemächtigten sich die Unternehmer nicht mit ganz anderem Elan dieser Stadt. Sie hatten früher als die Arbeiter und Angestellten, als die Professoren und Studenten begriffen, daß mit Westberlin als Vorposten des Westens langfristig keine sicheren Ge-schäfte zu machen sind. Sie hatten als erste die katastrophale Fehlkonstruktion der of-fiziellen Berlin- und Deutschlandpolitik begriffen.

Das offizielle westliche Wiedervereinigungskonzept, für das Westberlin geradezu das Gütezeichen war, hatte den inneren Zusammenbruch der DDR und ihre Einverleibung ins westliche System zur Voraussetzung. Als sich herausstellte, und das war bereits vor 10, 12 Jahren, daß mit diesem Zusammenbruch nicht gerechnet werden kann, spätestens dann hätte diese Deutschlandpolitik und damit die Berlinpolitik der Revision unterworfen werden müssen. Der Regierende Apparat und das freie Unternehmertum dachten jedoch gar nicht an eine öffentliche Revision. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Sie liegen in den Konsequenzen, die aus dieser verfahrenen Situation zu ziehen gewesen wären.

Es hätten sich drei Grundsätze bei dieser Revision herausgestellt, von denen her die weitere Politik hätte geplant werden müssen: Erstens: Westberlin will einen anderen Weg als die DDR gehen. Zweitens: Westberlin ist offenkundig als Vorposten Westdeutschlands nicht lebensfähig. Drittens: Westberlin ist als eigenständige Insel nicht lebensfähig. Das heißt aber: Für Westberlin ist keine Lösung denkbar, ohne es entweder zu vergewaltigen oder austrocknen zu lassen, die mit den gegenwärtigen Verhältnissen zwischen den beiden deutschen Gesellschaften vereinbar ist. Um so leben zu können, wie die arbeitenden Menschen dieser Stadt es wünschen, ist Westberlin gezwungen, die gegenwärtigen deut-schen Verhältnisse in Frage zu stellen. Es kann nicht länger auf die westliche Lösung der Deutschlandfrage hoffen. Es kann niemanden die militärische Änderung der Verhält-nisse empfehlen.

Es muß also überlegen, wie die versteinerten Verhältnisse, unter denen es erstickt, zum Tanzen gebracht werden können. Es ist kein Zweifel, diese Verhältnisse werden zu tan-zen beginnen, und zwar so, daß niemand von denen, die für die jetzige Situation verant-wortlich sind, zulachen hat, wenn die Arbeiter, Angestellten und die Intelligenz in West-berlin und in Westdeutschland beginnen, ihren eigenen Sozialismus zu machen, beginnen, die Bestimmung über ihr Leben und ihre Produktion in die eigenen Hände zu nehmen. Unter den gegenwärtigen Bedingungen hat Berlin keine Chance als die, ein Schrebergar-ten für Rentner und unfähige Politiker zu werden. Die Chance dieser Stadt liegt darin, daß sie zum Initiator und zum anstiftenden Lehrstück der deutschen sozialistischen Re-volution wird, die all diese Verhältnisse von der Bühne fegen wird, die heute die Agonie der Stadt ausmachen.

Vor dieser langfristig allein realitätstüchtigen Perspektive fürchten sich der Regierende Apparat und das freie Unternehmertum zu recht. Sie haben dabei alles zu verlieren, weil sie die Nutznießer der gegenwärtigen Misere sind. So ist es nur konsequent, wenn sie die wirkliche Situation verschweigen und jeden, der darauf aufmerksam macht, terrori-sieren, wenn sie ihre privaten Konsequenzen aus der Misere der Stadt ziehen, wenn die freien Unternehmer ans Kriminelle grenzende Spekulationen mit den Berlinhilfegesetzen treiben, wenn sich die Manager des politischen Apparats um Posten und Pensionen er-bitterte Unterholzgefechte liefern. Der Unterweltscharakter, mit dem hier Politik und Geschäfte gemacht werden, verrät den wirklichen Zustand; Bankrotteure prügeln sich um die Konkursmasse ihres gescheiterten Unternehmens.

Von Berlin aus die sozialistische Revolution in der Bundesrepublik Deutschland und darüber hinaus "anzuzetteln", vor dieser Aufgabe möchte einem der Mut sinken. Deswegen zum Abschluß noch etwas zu zwei augenfällig günstigen Bedingungen, die diese Stadt dafür bietet.

Zum einen hat sich der politische Apparat durch sein Festungsdenken weitgehend unfähig gemacht, unsere Opposition überhaupt richtig einschätzen zu können. Verfassungsschutz und CIA können den Politikern noch so oft versichern, daß unsere Fundamentalopposition offenkundig nicht vom Osten ferngesteuert ist. Der politische Apparat wird nur um so stärker vermuten, daß es sich dann eben um eine besonders raffinierte Fernsteuerung handelt, die halt nicht so leicht aufzudecken ist. Die gesamte staatliche und polizeiliche Maschine versagt zusehends an uns, weil sie nur darauf abgestellt ist, ferngesteuerte Subversion zu zerschlagen. Auf eine demokratische, von der politischen Verantwortung des einzelnen getragene Massenopposition ist dieser Apparat wenig vorbereitet. Er ist auf einen politischen Gegner eingestellt, der in der selben Weise Politik macht, wie er selbst: nämlich Menschen manipulierend und an Drähten ziehend. Der "harte Kern" der "Drahtzieher" in Senat, Parteien und DGB-Spitze sucht verzweifelt sein Ebenbild, wenn er nach dem "harten Kern" der "Drahtzieher" in der außerparlamentarischen Opposition sucht. Diese nicht ungefährliche Blindheit, die immer leicht in Blindwütigkeit umschlägt, ist eine strukturelle Schwäche des Regierenden Apparats, die wir freilich nur dann wirklich ausnützen können, wenn wir mit allergrößter Sorgfalt auf den vollkommen demokratischen und unbürokratischen Charakter unserer Zusammenarbeit achten.

Zum anderen hat das Versagen und Weglaufen der Kapitalisten für diese Stadt beinahe naturwüchsig eine Frage auf die Tagesordnung gesetzt: Ob nämlich alles Wirtschaften aufhören muß, wenn die Unternehmer damit aufhören, ob unbedingt erst ein Kapitalist aus der Ferne angelockt werden muß, bevor die Berliner Arbeiter den Produktionsapparat dieser Stadt weiter ausbauen können, ob diejenigen also, die tatsächlich bislang den Reichtum in dieser Stadt geschaffen haben, unbedingt verzweifelt nach einem profitmachenden Aufseher seufzen müssen, bevor sie weiterarbeiten können oder ob sie nicht viel mehr sich mit dem Gedanken vertraut machen müssen, unter eigener Anleitung und für die eigenen Bedürfnisse zu arbeiten und zu leben.

Das heißt: die Kapitalisten, die wie Ratten das für den Kapitalismus sinkende Schiff Westberlin verlassen, stellen die arbeitenden Menschen dieser Stadt vor die Alternative des Verkümmerns oder des Vergesellschaftens der Berliner Wirtschaft. In solcher Situation können wir Vertrauen haben, daß die Arbeiter, Angestellten und die Intelligenz die richtige Entscheidung fällen werden.

===== bestellschein =====

Ich bestelle ab 1968 den Berliner EXTRA-Dienst bis auf weiteres, mindestens jedoch für drei Monate zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5.00 (Auslandsabonnement: DM 6.00; Luftpost-Abonnement Ausland: DM 10.00). Der Dienst ist zu meiner persönlichen Information bestimmt. Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats gekündigt werden.

Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Konto der Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Berlin 12, Kontonummer 4712 (Postscheckkonto der Bank: Berlin West 828 00).

NAME:

WOHNORT:

STRASSE:

DATUM: UNTERSCHRIFT: